

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

in meinem Bekanntenkreis werde ich seit der Landtagswahl öfter gefragt: „Wahlkampf? Lohnt sich das für euch überhaupt noch?“ Und es stimmt ja, die SPD hat im Mai eine bittere Niederlage eingesteckt. Auch die Umfragen tendieren seit Wochen in die falsche Richtung. Und trotzdem habe ich zwei richtig gute Gründe, auch im Juli, August und September wieder auf der Straße zu stehen, an Türen zu klopfen und für die SPD zu werben.

Der erste Grund ist Angela Merkel. Keine Frage, die CDU-Vorsitzende strahlt Verlässlichkeit aus, man glaubt zu wissen, was man bekommt. Aber in diesem Wahlkampf wird klarer als jemals zuvor, dass die Kanzlerin die Republik verwaltet, aber keinerlei Konzepte für die Zukunft hat. Das Thema Rente zeigt das in erschreckender Klarheit. Im Frühjahr sagte Merkel, sie wolle das Thema aus dem Wahlkampf raushalten, „damit wir nicht darüber streiten müssen“. Ich frage mich, was ist das für eine Vorstellung von Politik? Es geht hier nicht nur um viele Milliarden Steu-

ergeld und die künftigen Rentenbeiträge von immer weniger jungen Menschen, sondern vor allem auch um den Lebensstandard einer ganzen Generation von Baby-Boomern, die in wenigen Jahren in Rente gehen werden. Dieses Thema im Wahlkampf totsichweigen zu wollen, weil Antworten unangenehm und nicht geeignet für schöne Bilder sind – das ist exemplarisch für den Politikstil der Kanzlerin. Und deswegen lohnt es sich, mit aller Kraft für die Konzepte der SPD zu werben. Weil wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wie aus Mutlosigkeit unsere Zukunft verspielt wird.

Der zweite Grund, ist, dass die Wahl viel offener ist, als es scheint. Bei keiner Wahl in den vergangenen Jahren lagen die Meinungsforscher wirklich richtig. Im Gegenteil, teilweise waren die Differenzen zwischen vorhergesagtem und tatsächlichem Ergebnis erschütternd. Aus verschiedensten Gründen werden Umfragen immer weniger genau, entscheiden sich immer mehr Menschen erst in den letzten Tagen vor einer Wahl. Und trotzdem fallen wir immer wieder auf das große Zahlenspiel rein, das doch so oft nur dazu taugt, Schlagzeilen zu erzeugen. Doch zum Glück wird Politik nicht im „Deutschland-Trend“ entschieden, sondern in der Wahlkabine. Und auch deswegen lohnt es sich, mit aller Kraft dafür zu werben, dass Martin Schulz Kanzler wird und Bettina Hagedorn Ostholstein als direkt gewählte Abgeordnete in Berlin vertritt. ■

Solidarische Grüße
Ihr und euer



Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender



Foto © Tim Dürbrook

INHALT	SEITE	SEITE
Editorial	1	Trump und so 8
Parteiprogramm	2	Sommerfest in Bad Schwartau 8
Kompromiss für Angler und Umwelt	3	Bäderregelung 9
Kandidieren für die Kommunalwahl?	4	Talk in Neustadt 9
Gesundheitsversorgung	4	Reform der Pflegeausbildung 10
Migration und Vielfalt	4	Liederbücher für alle 10
Jusos kämpfen innovativ	5	Bunte Fenster auf dem Bungsberg 11
Ehe für alle	5	Impressum 11
Ladies' Day in OH	6	Wählen! 12
Beltretter	7	

NICHT AUF DIE ZUKUNFT WARTEN!

ZEHN ZIELE VON MARTIN SCHULZ FÜR DAS DEUTSCHLAND DER ZUKUNFT

Die SPD war schon immer eine Partei der Programme. Das mag manchmal sperrig und überholt wirken, aber es ist extrem wichtig. Denn nur, wer einen guten Plan hat, kann auch an sein Ziel kommen. Ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl hat die SPD Ende Juni in Dortmund beschlossen. 116 Seiten voller Ideen und konkreter Vorhaben für die kommenden Jahre. Das Programm, Kurzfassungen und Infos zu einzelnen Themen gibt es hier: <https://www.spd.de/standpunkte/regierungsprogramm/>. Aber 116 Seiten sind ganz schön lang. Darum hat Martin Schulz im Juli seinen Zukunftsplan vorgestellt. Darin beschreibt er zehn zentrale Ziele für Deutschlands Zukunft – und was die SPD dafür plant.

1. Im Deutschland der Zukunft gibt es weniger Staus, schnelleres Internet, bessere Schulen und moderne Berufsschulen.

Dafür will die SPD massiv investieren. In schnelle Glasfaser-Verbindungen, in die Energiewende, in Forschung und Entwicklung, in Schienen und Straßen, in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber vor allem in Kitas, Schulen und Hochschulen. Eingeführt werden soll eine Investitionsverpflichtung des Staates. Gleichzeitig wird es Steuerentlastungen geben. Anders als bei der Union aber nicht für Reiche, sondern gezielt für Familien und für kleine und mittlere Einkommen.

2. Im Deutschland der Zukunft ist die Digitalisierung eine Chance für die Arbeitswelt. Aber auch hier gelten klare Regeln. Der Staat wird digital und ist online rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche erreichbar.

Technologischer Fortschritt muss sozialer Fortschritt werden – dafür kämpft die SPD seit über 150 Jahren. Darum sollen die Chancen der Digitalisierung genutzt, aber soziale Errungenschaften nicht aufgeben werden. Für Bürger und Unternehmer soll ein Deutschlandportal eingerichtet werden, in dem alle Formalitäten leicht und unbürokratisch abgewickelt werden können.

3. Im Deutschland der Zukunft leben die Menschen frei und respektvoll zusammen. Die gleichen Chancen gelten unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Für alle gibt es die wichtigen öffentlichen Güter – von der Mobilität über Gesundheit, Bildung und Kultur bis hin zur demokratischen Teilhabe.

Dafür will die SPD in eine starke Bürgergesellschaft investieren, die Identität stiftet und Heimat gibt. Mit einem Aktionsprogramm sollen deutschlandweit strukturschwache Regionen gefördert werden. Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt soll mit einem Einwanderungsgesetz gesteuert werden. Durch echte Gleichstellung will die SPD einen neuen Zusammenhalt in der Gesellschaft schaffen. Den Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie will sie intensivieren.

4. Im Deutschland der Zukunft gibt es Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Niemand, der arbeitet, sollte arm sein. Der Respekt vor der Lebensleistung drückt sich in würdigen Bedingungen und gerechter Bezahlung aus. Gesundheit und Lebenserwartung sind keine Frage des Portemonnaies mehr und jede und jeder ist im Alter gegen Armut abgesichert.

Dafür will die SPD einen Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen schließen, die sachgrundlose Befristung abschaffen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. Für Erwerbstätige soll es eine Qualifizierungsgarantie und ein Chancenkonto geben. Schluss gemacht werden soll mit der Zwei-Klassen-Medizin. Mit dem Rentenkonzept will die SPD das Rentenniveau sichern und das Abrutschen in die Altersarmut verhindern.

5. Im Deutschland der Zukunft sind Schulen und Berufsschulen die Zukunftswerkstätten unseres Landes. Jede und jeder bekommt die bestmögliche Bildung in sanierten Schulen. Über die persönliche Zukunft entscheidet nicht mehr die Herkunft, sondern es zählen Leistung und Talent. Die bildungspolitische Kleinstaaterei ist vorbei, und der Bund kann die Länder auf dem Weg zu besserer Bildung endlich unterstützen.

Darum will die SPD für kostenfreie Bildung sorgen – von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterausbildung. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern soll abgeschafft werden. Bildung soll nicht länger ein Flickenteppich sein, dafür wird eine Nationale Bildungsallianz geschlossen.

6. Im Deutschland der Zukunft sind Familie und Beruf doppeltes Glück und nicht zweifache Last. Es ist selbstverständlich, dass sich Mütter und Väter um ihre Kinder kümmern, ohne dass sie sich damit gegen die Karriere entscheiden müssten. Frauen haben die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer.

Dafür will die SPD massiv in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen investieren und den Zugang kostenfrei machen. Von Teilzeit in Vollzeit soll es endlich ein Rückkehrrecht geben. Mehr Zeit für Familie wird durch das Recht auf Familienzeit für Kinder und für die Pflege von Angehörigen unterstützt. Familien sollen nicht nur steuerlich entlastet, sondern auch beim Erwerb oder Bau eines Eigenheims durch Familienbaugeld unterstützt werden.

7. Im Deutschland der Zukunft wird der Wandel in der Industrie aktiv begleitet. Der Mittelstand hat sich auf den Weg ins digitale Zeitalter gemacht. Deutschland ist ein Gründerland, das Startups in ihrem Wachstum unterstützt. Klimaschutz und Industriepolitik sind im modernen Deutschland keine Gegensätze mehr.

Darum will die SPD eine aktive Industriepolitik betreiben und eine Innovationsallianz für die deutsche Industrie schließen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. So soll etwa die Autoindustrie dabei unterstützt werden, eine Batteriezellproduktion für Elektrofahrzeuge in Deutschland aufzubauen. Ein Digitalisierungsfonds soll Mittelstand und Handwerk zugutekommen.

8. Das Europa der Zukunft konzentriert sich auf die großen Fragen unserer Zeit, die Staaten nicht mehr alleine lösen können. Es hat die richtigen Werkzeuge an der Hand und alle wichtigen Entscheidungen sind demokratisch legitimiert. Es ist eine Solidargemeinschaft, in der wir Krisen gemeinsam bewältigen.

Darum will die SPD in einem ersten Schritt die Eurozone als Kern der EU reformieren und stärken. In der Eurozone soll es ein Investitionsbudget geben, das wirtschaftliche Innovation europaweit fördert. Die Weiterentwicklung der Eurozone darf nicht vom Veto von Staaten abhängen, die dieser nicht angehören. Europaweit soll gegen Steuerdumping vorgegangen werden.

9. Das Europa der Zukunft bekennt sich zum Recht auf Asyl und steht solidarisch zusammen, um ankommende Flüchtlinge in würdigen Bedingungen aufzunehmen, schnell ihre Anträge zu bearbeiten und sie dann fair auf unserem Kontinent zu verteilen.

Darum will die SPD bei der nächsten europäischen Haushaltsplanung einen Solidaritätspakt einbauen. Deutschland soll mehr in Europa zu leisten, und unter Umständen auch mehr zum EU-Haushalt beitragen. Gleichzeitig soll im Solidaritätspakt klar geregelt sein, dass Länder, die Solidarität in wichtigen Fragen ver-

weigern, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen und nicht mehr mit der vollen finanziellen Solidarität Deutschlands und der anderen Staaten rechnen können.

10. Das Europa der Zukunft tritt selbstbewusst in der Welt mit einer Stimme auf – für Abrüstung, für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für den Klimaschutz.

Darum will die SPD im Gegensatz zu Angela Merkel und Donald Trump keine höheren Rüstungsausgaben. Mehr Sicherheit gibt es nach den Plänen der SPD nicht mit mehr Waffen, sondern durch Konfliktlösung und bessere Entwicklungschancen. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Klimawandel. Auf europäischer Ebene soll es eine europäische Verteidigungsunion geben. ■

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender

SCHUTZZONE FEHMARNBELT

FAIRER KOMPROMISS FÜR ANGLER UND UMWELT

Frage der Redaktion Angler behaupten, das Umweltministerium habe sich seit 2016 nicht bewegt. Stimmt das?



Antwort Bettina Hagedorn
Nachdem das Umweltministerium im ersten Entwurf von März 2016 noch eine 100-prozentige Angelverbotszone im Fehmarnbelt vorsah, wurde diese im Juni 2016 nach Gesprächen in Heiligenhafen auf

nur noch 30 Prozent drastisch verkleinert. In einer weiteren Diskussionsrunde im Sommer 2016 mit den Angelkutterbetrieben offenbarten sie uns den dringenden Wunsch, das Schutzgebiet nach Osten zu verschieben, damit die für die Angelkutterbetriebe hochattraktiven Riffe wieder teilweise zum Angeln zur Verfügung stehen. Im September 2016 hat Umweltministerin Barbara Hendricks diesen Wunsch erfüllt und aktuell die Schutzfläche nochmals auf jetzt knapp 25 Prozent der Ursprungsfläche verkleinert.

F Angler behaupten, die SPD lasse die Angler im Stich!

A Fakt ist: Ich habe im März 2016 öffentlich gegen das generelle Angelverbot in 100 Prozent des Schutzgebietes protestiert und erreicht, dass es mehrere Treffen zwischen Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth und den Angelkutterkapitänen gab – am 10. Juni 2016 war er mit unserer Fischerei-Fachfrau in Brüssel Ulrike Rodust in Heiligenhafen. Nur so konnten wir beim Umweltministerium in Berlin Verständnis für die Existenznöte der Angelkutterbetriebe und die regionalen Interessen in Ostholstein erzielen. Der heutige Kompromissvorschlag hat kaum mehr etwas mit dem Ursprungsentwurf zu tun, Naturschutz- und Anglerinteressen sind fair berücksichtigt. Ulrike Rodust hat

als SPD-Europaabgeordnete in Brüssel bei den Verhandlungen um die erforderliche Absenkung der Dorschquote im Sommer 2016 drei „Runde Tische“ mit Betroffenen in Lübeck gemacht und immense Zugeständnisse bei der EU-Kommission erreicht. Im Haushaltsausschuss haben wir die Entschädigungssumme für die Fischer angesichts dieser Fangrückgänge auf meine Initiative von 4 auf 8 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Die SPD hat im Interesse der Betroffenen gehandelt, während andere durch Aktivismus und teils durch Hetze Frust schüren, ohne Fortschritte zu erreichen.

F Angler behaupten, der Dorsch sei nicht gefährdet. Stimmt das?

A Vor einem Jahr ergaben seriöse wissenschaftliche Untersuchungen, die regelmäßig für die EU-Kommission erhoben werden, dass der Dorschnachwuchs 2015 praktisch komplett ausgeblieben und der Bestand dadurch akut gefährdet ist. Die Fangquote wurde dennoch NICHT – wie empfohlen – um 88 Prozent, sondern mit Rücksicht auf die Fischerei von Brüssel im Herbst 2016 nur um 56 Prozent für Fischer und Angler reduziert. Damit wurden die Angelkutterbetriebe erstmalig in Solidarität mit den Fischern an Fangeinschränkungen zum Schutz des Dorschbestandes beteiligt, die durch Einkommensrückgänge 2017 spürbar sind. Mit der diskutierten Angelverbotszone im FFH-Gebiet haben diese Einkommensrückgänge allerdings NICHTS zu tun, da diese Verordnung noch gar nicht in Kraft ist. Fakt ist aber, dass die Riffe im Schutzgebiet deshalb so beliebt bei den Anglern sind, weil dies die Kinderstube der Dorsche ist. Die größte Zukunftsgefahr für Fischer und Angler ist, wenn der Dorsch ohne Nachwuchs bleibt, weil einige Aktivisten ihr Hobby ohne Rücksicht auf die Balance von Fischbeständen und Ostsee ausüben. ■

MEINE GEMEINDE, MEINE STADT, MEIN KREIS – ICH MACHE MIT!



Die Organisator_innen der Veranstaltungen zur Kommunalwahl und zur Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum sind Mitglieder im Vorstand des SPD Kreisverbands Ostholstein. Kontaktadressen gibts unter <https://www.spd-ostholstein.de/partei/> bei Vorstand bzw. Beisitzer.

MIT DEM KREISVERBAND DISKUTIEREN GESUNDHEITSVERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Gute Gesundheitsversorgung liegt uns Sozialdemokrat_innen besonders am Herzen, deshalb haben wir eine Projektgruppe gegründet. Martina, Susanne, Burkhard und Jan-Simon nehmen sich dieses Themas an. Gesundheitsversorgung umfasst viele einzelne Bereiche. Die Frage, welche Themen wir diskutieren sollen, möchten wir gerne den Betroffenen überlassen – auch Sie können Ihre Sorgen und Wünsche einbringen.

Zu unserem ersten Veranstaltungsabend am 21. Juni in Heiligenhafen kam also keine Referentin zu einem speziellen Thema, sondern Menschen aus der Region, um gemeinsam mit uns die Themen anzusprechen, die ihnen am Herzen liegen. Von den Vorschlägen waren wir überrascht und kamen mit dem Aufschreiben fast nicht hinterher. Es wurde nicht nur über Probleme gesprochen, sondern vielfach auch über Lösungsmöglichkeiten und zu keinem Zeitpunkt hieß es: „Das geht nicht!“, wodurch tolle Ideen entstanden sind. Die vielen Punkte haben wir in sechs Themenbereiche aufgeteilt.

- Apotheken/
Apothekennotdienst
- Allgemeinmediziner
im ländlichen Raum
- Fachärzte
- Frühchenversorgung
- Geburtenstation/
Vgl. nordische Länder
- Pflege

Nach der für alle arbeitsreichen Sommerpause wollen wir diese Bereiche in weiteren Veranstaltungen genauer unter die Lupe nehmen. Interessierte sind herzlich eingeladen. Die Termine werden unter spd-ostholstein.de, auf unserer Facebookseite und in der Presse bekanntgegeben. ■

Sie interessieren sich für das, was an ihrem Ort geschieht, z.B. wie Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden kann, wie Sie ihre Vorstellungen einbringen können?

Wir geben Ihnen einen Einblick in unsere ehrenamtliche Tätigkeit als Gemeindevertreter_in, Stadtverordnete_r, Kreistagsabgeordnete_r.

Wir erklären, wer was in den Kommunen zu sagen hat, wie es von der Idee zum Beschluss kommt und Begriffe wie Fraktion, Antrag, Einwohnerversammlung, Bürgervorsteher_in, Bürgerbegehren – alles, was sie ganz genau wissen wollen.

Diskutieren Sie mit uns, wie Sie politisch mitgestalten können. Machen Sie mit und mischen Sie sich ein, denn wer etwas ändern will, muss wissen, wie was geht.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns, wenn Sie zu einer unserer drei Veranstaltungen kommen und wir uns bald in Kommunalparlamenten wiedersehen.

Suchen Sie sich einen Termin in ihrer Nähe aus und melden sich bitte per e-mail unter kv-ostholstein@spd.de oder telefonisch unter 04521 – 5957 an. Wir – Susanne, Helga, Marcel, Burkhard und Nail – freuen uns auf Sie. ■

NEUE ARBEITSGEMEINSCHAFT OSTHOLSTEIN IST BUNT UND VIELFÄLTIG

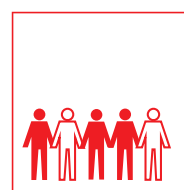
Am 18. Juli 2017 hat der Kreisvorstand die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in Ostholstein beschlossen; der Beschluss ist Voraussetzung für die Gründungsversammlung, die den Vorstand wählt.

Die neue Arbeitsgemeinschaft wird sich dafür einsetzen, dass Menschen jedweder Herkunft in unserem Kreisverband eine Stimme haben. Ziele der AG sind unter anderem die vorhandene Vielfalt innerhalb der SPD Ostholstein sichtbar zu machen, sich aber auch für Migrantinnen und Migranten zu engagieren, die nicht in der SPD sind und sich Gedanken um die Rahmenbedingungen der zukünftigen Zuwanderungspolitik in Deutschland und Europa zu machen. Wir möchten die Lücke zwischen der Vielfalt der Bevölkerung und der noch mangelnden Repräsentation in der Politik schließen.

Neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind immer herzlich willkommen, auch solche die (noch) nicht SPD Mitglieder sind. Viele Herausforderungen warten bereits auf die neue Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt der SPD Ostholstein, die wir mit viel Schwung angehen werden. ■



Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt



Packen wir es gemeinsam an!

Nail Yurtçu
Kreisvorstandsmitglied

DIE JUSOS SIND BEREIT FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Kaum hat man die letztendlich doch enttäuschende Landtagswahl verdaut, steht schon der nächste Wahlkampf an. Und dieses Mal haben wir sogar den Vorteil, dass die Ausrede „Ich bin hier nur im Urlaub und komm eigentlich aus NRW“ uns egal sein kann, denn egal wo man herkommt, jede Stimme für die SPD kann am Ende dafür sorgen, dass Martin Schulz am 24. September Kanzler wird.

Wir Jusos sind auf jeden Fall vorbereitet. Auch in diesem Wahlkampf werden wir wieder innovativ werden. Im Landtagswahlkampf liefen wir mit Kartons über dem Kopf durch die Innenstädte oder standen sogar noch am Wahltag mit frechen Sprüchen an der Straße, um an die Wahl zu erinnern. Und wenn wir dann sehen, dass die SPD bei den Jungwählerinnen und Jungwählern stärkste Partei geworden ist, hat sich die Mühe gelohnt. Doch was sind unsere Pläne für dieses Mal? Dieses Mal werden wir noch mehr auf Social Media setzen. Mit kurzen Spots auf Facebook und Instagram werden wir uns insbesondere an die jungen Leute wenden, die zum ersten Mal wählen dürfen. Auch über Bettina Hagedorns eigene Facebook Seite werden wir unsere Inhalte verbreiten, ob über Videos oder über Bilder mit Botschaften.



Jasper Wiezorek nimmt Bettinas Vlog auf und wird dabei von Tim fotografiert

Ganz besonders freue ich mich, dass wir Jusos in den letzten Monaten auch in der Fläche mehr geworden sind. Nachdem sich im Frühjahr schon eine Orts-AG in Bad Schwartau gegründet hat, die seitdem nicht nur im Wahlkampf aktiv war, sondern sich auch sonst mit guten Ideen in die öffentliche Debatte eingebracht hat, haben wir Mitte Juli auch eine Orts-AG Fehmarn/Heiligenhafen gegründet, die sich um den Norden unseres Kreises kümmert. Denn unser Wahlkreis ist lang. 103 Kilometer sind es, wenn man von Puttgarden auf der A1 nach Reinfeld fährt. Aber wir sind bereit, diese Strecke nicht nur einmal, sondern wahrscheinlich 20x zu fahren. Denn unser Ziel ist klar: Wir wollen nicht nur das Direktmandat für und mit Bettina Hagedorn holen, wir wollen auch dafür sorgen, dass Martin Schulz der vierte sozialdemokratische Kanzler unseres Landes wird. ■

In diesem Sinne, packen wir es an!

Tim Dürbrook

Kreisvorsitzender der Jusos Ostholstein



Vorsitzender der Juso Orts-AG Nord Jan-Simon Heiken, seine Stellvertreterinnen Pia Herkommer und Laura Wieske mit Andreas Herkommer, OV Vorsitzender Fehmarn, und Tim Dürbrook

ENDLICH GIBT'S DIE EHE FÜR ALLE!

Wann konnte ein Kanzlerkandidat zuletzt ein Wahlversprechen schon vor der Wahl umsetzen? Martin Schulz ist das mit der Ehe für alle gelungen. Damit können gleichgeschlechtliche Paare jetzt endlich mit allen Rechten und Pflichten heiraten.

Zuletzt war Deutschland in Europa in dieser Frage eines der Schlusslichter in Europa. Schuld daran war die Union, die die Gleichstellung seit Jahren verhinderte. Dann allerdings passierte Angela Merkel ein Fehler. Bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung mit der Frage nach der Ehe konfrontiert, druckte sie rum und verwies darauf, dass dies eher „eine Gewissensentscheidung“ sei.

Martin Schulz nahm die Steilvorlage an. Denn bei Gewissensentscheidungen müssen die Koalitionspartner der Großen Koalition nicht einheitlich abstimmen. Noch vor der Sommerpause verabschiedete der Bundestag auf Antrag der SPD und mit den Stimmen von Grünen und Linkspartei darum die Ehe für alle. Angela Merkels Zickzack-Kurs fiel ihr auf die Füße, denn obwohl die Kanzlerin sich bis zum Ende gegen den Beschluss sträubte, stimmte selbst ein Teil der Union für den Beschluss. Eine Stimme gegen gleiche Rechte kam leider aus Ostholstein. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Gädechens war noch nicht bereit für das Jahr 2017. ■

Niclas Dürbrook



5. LADIES' DAY IN OSTHOLSTEIN

Auf Einladung von Bettina Hagedorn trafen sich bei sommerlichem Wetter 150 Ostholsteinerinnen in der Operscheune im Eutiner Schlossgarten. Die Initiative, sich an diesem wunderschönen Ort zu treffen, ging von Sabine Kuhnert aus, der Geschäftsführerin der Eutiner Festspiele.



Bettina Hagedorn begrüßte die Frauen, die aus unterschiedlichen Bereichen zum Kennenlernen und Netzwerken zusammengekommen waren – aus Tourismus und Hotellerie, Pflege und Bildung. Landfrauen und Journalistinnen waren ebenso dabei wie Politikerinnen und Betriebsrätinnen. Eine große Gruppe bildeten die Selbständigen.

Nach der Begrüßung, sowie kaltem Schluck und leckerem Imbiss eröffnete Bettina die erste Talk-Runde und bat Sabine Kuhnert auf die Bühne. Sie warb überzeugend für eine Vernetzung von Strandgemeinden und Holsteinischer Schweiz. „Das hat nichts mit Hinterland zu tun – es ist der schönste Platz überhaupt!“ sagte sie. „Es sind nur 86 Kilometer nach Hamburg!“

Als zweiter Gast stellte sich Barbara Bloch, die Vorsitzende des Baltic Blues e.V., allen Frauen vor. Sie erzählte von dem Reiz, unbekanntere Künstler der Blues Szene einem interessierten Publikum zugänglich zu machen. Das Eutiner Blues Fest ist als kostenfreie Veranstaltung weltweit das größte Event und wird auch unter den Künstlern wegen der Atmosphäre und den freundlichen Gastgebern sehr geschätzt.

Dominique Caron gab eine Einführung in die Operette *Die Fledermaus* von Johann Strauss, an deren nicht öffentlicher Generalprobe alle Frauen teilnehmen durften. 1874 in Wien komponiert, passte die Leichtigkeit der Operette gut zu diesem Sommerabend. Dominique Caron meinte: „Es kann Ihnen nicht nicht gefallen!“ und hatte recht!

Nach einer sommerlichen Stunde auf der Freilichtbühne nahmen die Frauen die Gespräche bei Wein und Bier erneut auf. Monika Griefahn, die ehemalige Umweltministerin von Niedersachsen und Gründerin von Greenpeace erzählte von ihrer Arbeit bei Aida Cruises. Dort werden jetzt Kreuzfahrtschiffe gebaut, die



deutlich sauberer sind, als noch vor wenigen Jahren möglich schien.

Hatice Kara, die amtierende Bürgermeisterin von Timmendorfer Strand, erzählte lebhaft von ihrem Bürgermeisterwahlkampf vor fünf Jahren, den sie gegen fünf Mitbewerber gewann und ihrer erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Gemeindepastor. Susanne Voss, Geschäftsführerin der Lebenshilfe in Bad Schwartau, stellte ihre Arbeit kurz vor und äußerte sich kritisch zu dem, was heute als Inklusion bezeichnet wird und früher Integration war. „Es steht viel Inklusion drauf und ist wenig drin!“

Den Abschluss bildeten Antje-Marie Steen aus Grömitz, deren Nachfolgerin im Bundestag Bettina Hagedorn vor 15 Jahren geworden ist und Kirsten Eickhoff-Weber, MdL. Letztere lobte die Rolle der Frauen bei der Gestaltung des Lebens im ländlichen Raum. Hartnäckig würden Verbesserungen der Infrastruktur der Dörfer, wie der Ausbau der Breitbandversorgung, von Frauen gefordert und deren Umsetzung unterstützt.

Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen Ostholstein ASF war wieder mit mehreren Frauen vertreten. Sie nutzten den Ladies Day, um ihr Netzwerk auszubauen – dafür war vor, während und nach der Veranstaltung ausgiebig Zeit. ■

Danke, Bettina, für den gelungenen und inspirierenden Abend!
Swantje Meininghaus und Annette Schlichter-Schenck
stellvertretende Vorsitzende der ASF Ostholstein

Fotos © Beate Müller-Behrens

Foto © Kirstin Winter



MIT BLAUEN KREUZEN FÜR OSTSEE UND URLAUBSREGION „WAS HAT ES MIT DIESEN BLAUEN HOLZKREUZEN AUF SICH?“

Diese Frage stellen Urlauber immer mal wieder. Geschätzt etwa 15.000 dieser blauen Kreuze finden sich im Norden an Straßen, auf Balkonen und in Vorgärten. Darüber hinaus dürften zig Tausende in Form von Autoaufklebern überall in Deutschland unterwegs sein. Bei den blauen Kreuzen handelt



es sich um das Protestsymbol der BELTRETTER. Die BELTRETTER – eine wachsende Bewegung gegen den geplanten Fehmarnbelt-Tunnel – setzen sich für Küstenregion und Ostsee ein. Sie befürchten schlimmsten Schaden, sollte der milliardenteure Belttunnel mit der damit verbundenen Güterbahntrasse tatsächlich furchtbare Wirklichkeit werden. Aber nicht nur sie befürchten das Schlimmste. Bereits rund 130.000 haben bei der Online-Unterschriftenaktion gegen den geplanten Belttunnel mitgemacht (beltretter.de/unterschriften). Und im Rahmen des gerade laufenden Genehmigungsverfahrens sind 12.600 so genannte Einwendungen gegen das Projekt bei der zuständigen Genehmigungsbehörde eingegangen – viele davon mehrere Aktenordner füllend.

Für den längsten Absenktunnel der Welt würde ein 18 Kilometer langer, sehr breiter und zudem tiefer Graben durch den Ostseeboden gebaggert werden. Durch diese unvorstellbar lange Wunde im empfindlichen Ostseegrund will man die Tunnelelemente aus Beton verlegen. Die Baggerarbeiten würden die Ostsee über Jahre eintrüben. Giftstoffe, die sich über Jahrzehnte im Boden angereichert haben, würden aufgewirbelt und Munition aus dem Weltkrieg freigesetzt werden. Wegen der starken, sich verbreitenden Eintrübungen wären Wassersport und Baden kein Spaß mehr. Von dem Schaden für Fischbestände und Pflanzenwelt ganz zu schweigen. Dänemark will diesen Tunnel – er wäre Nordeuropas größte Baustelle – unbedingt durchsetzen. Und dafür werden unter anderem auch enorme Werbebudgets für Aktionen und zum Beispiel Zeitungsanzeigen ausgegeben. Dabei bestehen erhebliche Zweifel am Nutzen des Tunnels. Heute queren im Durchschnitt nur noch 5.000 Fahrzeuge täglich den Fehmarnbelt – derzeit mittels Fähre. Den Hamburger Elbtunnel passieren hingegen rund 150.000 Fahrzeuge am Tag. Karin Neumann, Sprecherin der BELTRETTER: „Der Tunnel macht keinen Sinn, bedroht aber eine ganze Urlaubsregion und unsere empfindliche Ostsee. Um ihn noch zu verhindern, brauchen wir die Hilfe vieler.“

Vielleicht ist genau deshalb in Berlin auch keine echte Leidenschaft für das gigantische Tunnelprojekt der dänischen Nachbarn zu spüren. Eher scheint es so, als trage man es ohne großes Engagement mit, um Dänemark nicht zu brüskieren. Immer wieder wird auf den zwischen Deutschland und Dänemark bestehenden Staatsvertrag zum Bau der festen Fehmarnbeltquerung verwiesen. Indes ist wenigen bekannt, wie es dazu kam. Ursprünglich sollen die Dänen nämlich gefordert haben, dass Deutschland die Hälfte der Kosten tragen sollte. Der damalige deutsche Verkehrsminister Tiefensee soll sich einer Finte bedient haben. Er soll gesagt haben, Deutschland würde das Projekt billigen, wenn Dänemark 100 Prozent der Kosten tragen würde. Offenbar bestand die Hoffnung, die Dänen würden von dem Plan dann Abstand nehmen. Die Erwartung erfüllte sich nicht. Die Dänen hielten dennoch am Vorhaben fest. Deutschland musste nun zustimmen.

Seitdem ist zu beobachten, was viele Großbauprojekte prägt: Kostenexplosion, Verzögerungen, Planungsmängel und ein stures Festhalten vieler Entscheider am Vorhaben. Die BELTRETTER warnen daher auch, es drohe ein Berliner Flughafen mal X – mitten in der Ostsee und mit dramatischen Umweltschäden. Bettina Hagedorn, ostholsteinisches Mitglied im Deutschen Bundestag, begleitet das Projekt seit Jahren mit größter Skepsis und Kritik. An verschiedenen Stellen engagiert sie sich tatkräftig, um auf Planungsmängel, verheerende Folgen und Finanzierungsfehler hinzuweisen. Engagement wie das von Bettina Hagedorn und einiger lokaler und regionaler SPD-Verbände würden wir uns auch von der Landes- und der Bundes-SPD wünschen. Leider aber stellen wir da nur eine mangelnde Bereitschaft fest, den Plan der festen Beltquerung einmal objektiv auf den Prüfstand zu stellen. Dabei dürften mittlerweile alle Voraussetzungen gegeben sein, den Ausstiegs-Paragrafen des Staatsvertrages zu nutzen und das Projekt von deutscher Seite zu stoppen, um das Schlimmste zu verhindern und eine der wichtigsten deutschen Urlaubsregionen sowie unsere einmalige, aber zugleich bedrohte Ostsee zu schützen. Bettina Hagedorn ist 2015 auch bei der Auftaktveranstaltung der BELTRETTER dabei gewesen. Zuvor hatten verschiedene Bürgerinitiativen stets eher unter eigenem Logo agiert. Heute tragen mehr als 70 Gemeinden, Unternehmen, Bürgerinitiativen und Parteiorganisationen und Umweltverbände die Bewegung. Mehr Infos unter: beltretter.de. ■



Team BELTRETTER



TRUMP UND DER ABSCHIED VOM SELBSTVERSTÄNDLICHEN

Trump. Brexit. Alternative für Deutschland. Mit diesen Schlagworten lösen sich für mich Selbstverständlichkeiten auf. Westliche Werte. Demokratie und Menschenrechte. Europäische Integration.

Europäische Integration heißt ganz zu Beginn: Kein Krieg in Europa. Selbst das wackelt, wenn ich an den russischen Überfall auf die Krim und an die Ostukraine denke. Krieg in der Ukraine, das ist Krieg in Europa.

Gleichzeitig mag ich mir nicht vorstellen, was US-Präsident Trump – Motto: America first – einem expansionshungrigen Russland entgegensetzen würde, wenn es darauf ankommt. Putin hat sich wohl nicht zum Spaß in die US-Wahlen eingemischt. Wer verteidigt eigentlich die baltischen Staaten, wenn Trump das NATO-Bündnis zu einem „schlechten Deal“ erklärt?

Überhaupt, Trump. Ein großmäuliger Selbstdarsteller, der aus Rassismus und Frauenverachtung eine Marke gebaut hat. Der sich als milliardenschwerer Immobilienunternehmer gegen das Establishment stellt, um dann ein Kabinett aus Goldman-Sachs-Funktionären zu berufen. Für den kritische Presse „fake news“ ist. Dieser Egomane soll ein Land regieren?

Die USA waren für mich immer ein Orientierungspunkt, eine Art Leuchtturm des Westens. Manchmal (Irak, Guantanamo) auf dem völlig falschen Trip, aber meistens der richtige Pol in großen Fragen. Freiheit. Demokratie. Menschenrechte. Nun aber: Trump. America first. Lock her up. Grab them by the pussy.

Was passiert, wenn der Leuchtturm auf der falschen Seite steht?

Trump alleine wäre zu verkraften, wenn das übrige politische Koordinatensystem funktionieren würde. Aber auch wir Europäer leiden unter Orientierungslosigkeit, spätestens seit der Finanz- und Eurokrise. Großbritannien verlässt mit einem todesmutigen Sprung in den Brexit das vermeintlich sinkende Schiff Europa. In Frankreich hat ein großer Teil der Bevölkerung mit Marine Le Pen ein ähnliches Programm gewählt. Polen und Ungarn schlagen den Weg zu „illiberalen Demokratien“ ein, die sich von Menschenrechten oder Rechtsstaat nicht bremsen lassen.

Das Haus Europa hat schon stabilere Tage gesehen. Anders gesagt, nicht scharf hingucken, sonst kracht die Bude zusammen.

Und in Deutschland? Ebenso gruselige Aussichten. Hier flirtet die selbsternannte Alternative für Deutschland ganz offen mit nationalistischen Ideen und mit der Sprache der Nazis. Frauke Petry möchte das Wort völkisch wieder positiv besetzen. Für Bernd Höcke ist das Holocaust-Mahnmal ein „Denkmal der Schande“, er will „eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. André Poggenburg fordert ganz im Goebbels-Sound, „Wucherungen am deutschen Volkskörper loszuwerden“.

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat geschrieben: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Verfassungsschutz und Gerichte sind machtlos, wenn der politische Wind dreht, wenn die Selbstverständlichkeiten einer freien Gesellschaft durchlöchert sind.

Und dann blinkt doch wieder der amerikanische Leuchtturm auf. Wenn ich mir die überwältigend optimistische Abschiedsre-

de von Barack Obama anschau (www.youtube.com/watch?v=paHYyQHmTus). Darin sagt er: „Es fällt jedem von uns zu, die ängstlichen Hüter unserer Demokratie zu sein; die freudige Aufgabe anzunehmen, unser Land ständig besser zu machen. Denn trotz aller äußeren Unterschiede tragen wir alle den gleichen stolzen Titel: Bürger.“

Darin liegt meine Hoffnung. Es geht nämlich auch anders. Emmanuel Macron hat die Wahl in Frankreich als überzeugter Europäer gewonnen. Martin Schulz versucht in Deutschland das gleiche. Nach der Trump-Wahl ist die Zahl der Beitritte zu Parteien in Deutschland gestiegen.

Unser Land ständig besser zu machen, das passiert halt nicht von alleine. Dafür müssen wir Bürger als Hüter unserer Demokratie aktiv werden. Trump, Brexit, AfD: Es geht wieder um was. Es ist nicht egal, wie wir uns entscheiden. Und es lohnt sich, für Demokratie, für ein besseres Europa, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen! ■

Timo Vogler

FAMILIEN-SOMMERFEST KUNYPEREBUNTY

10. Sept. 2017 • ab 7.30 Uhr & FLOHMARKT

Spielplatz Moorwischpark • Bad Schwartau • Info: 0172 4336677

4 METER NUR € 15,00

WWW.SP-D-FLOHMARKT.DE

...entfach ganz bequem online buchen.

Bad Schwartau
SPD

FINGER WEG VON DER BÄDERREGELUNG

Die SPD Kreistagsfraktion appelliert an die schwarze Ampel in Kiel, den Konsens zur Bäderregelung nicht unnötig aufzukündigen. „Finger weg!“, sagte der Fraktionsvorsitzende Burkhard Klinke. Zuvor hatte die neue schwarz-gelb-grüne Landesregierung angekündigt, von der bisherigen Regelung abzuweichen.

Die bis Juni regierende Küstenkoalition hatte am Anfang ihrer Regierungszeit erreicht, dass bei der Bäderregelung ein Kompromiss mit Kirchen und Gewerkschaften geschlossen wurde. Damit konnte eine Auseinandersetzung vor Gericht vermieden werden. Das Thema war damals akut, weil es der schwarz-gelben Vorgängerregierung nicht gelungen war, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Der von der Regierung Albig 2013 ausgehandelte Kompromiss zur Bäderregelung sieht vor, dass zwischen dem 15. März und dem 31. Oktober unter anderem Kleidung und Lebensmittel in den touristisch geprägten Orten auch am Sonntag verkauft werden dürfen. Geschäfte mit diesem Angebot dürfen zwischen 11 und 19 Uhr für maximal sechs Stunden öffnen. Aus Sicht der SPD ist der Ausgang eines möglichen Gerichtsverfahrens absolut offen. In Mecklenburg-Vorpommern hatte ein vergleichbares Verfahren zu einer deutlichen Einschränkung der Sonntagsöffnung geführt. ■

Burkhard Klinke, *Vorsitzender der Kreistagsfraktion*

OFFENE TALKRUNDE MIT OLAF SCHOLZ, CHRISTOPH ANDREAS LEICHT UND BETTINA HAGEDORN MARITIME WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, TOURISMUS, FFBQ



Fotos © Kirstin Winter

Fast hundert Zuhörer waren am Nachmittag des 20. Juli zum Neustädter Hafen gekommen, um bei der offenen Talkrunde mit Olaf Scholz, Erster Bürgermeister Hamburgs, Christoph Andreas Leicht, Inhaber des Hansa-Parks in Sierksdorf und Bettina Hagedorn dabei zu sein.

Die Themen reichten von der Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum in den Städten und an den Küsten zu schaffen, dem Fachkräftemangel und der Entwicklung des maritimen Sektors bis zu Infrastrukturprojekten. Das Publikum war nicht immer mit Olaf Scholz einer Meinung, was der guten Stimmung aber keinen Abbruch tat.

Alle betonten, wer anständige Arbeit leiste, müsse auch anständig bezahlt werden. Die SPD kämpft unter anderem dafür, dass die Meisterausbildung grundsätzlich kostenfrei wird!

Das Thema Infrastruktur stieß beim Publikum auf reges Interesse, nicht nur wegen der Hinterlandanbindung für die feste Fehmarnbeltquerung. Die SPD möchte mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraße umleiten, auch zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Der Haushaltsausschuss, in dem Bettina Hagedorn für das Verkehrsministerium zuständig ist, hat die Mittel für den dringend notwendigen Aus-

bau des Elbe-Lübeck-Kanals beschlossen. Dieser Kanal ist für den Gütertransport auf Wasserwegen strategisch wichtig.

Christoph Andreas Leicht, Inhaber des Hansa-Parks, sprach über die Entwicklung im Tourismusbereich. Es gab in den letzten Jahren einen Boom, sowohl in Hamburg als auch bei uns. Die Besucher seines Freizeitparks sorgen dafür, dass am Bahnhof in Sierksdorf so viele Menschen beim Ein- und Aussteigen gezählt werden.

Eine Frage der Zuhörer kam zur geplanten Fehmarnbeltquerung. Als Erster Bürgermeister Hamburgs bat Olaf Scholz bei den Zuhörern, unter denen einige Beltretter waren, um Verständnis, dass er den geplanten Bau der Festen Fehmarnbeltquerung befürwortet. Auch Christoph Andreas Leicht sprach sich im Großen und Ganzen für den Bau der Querung aus, Bettina Hagedorn wie bisher vehement dagegen. Die Einbrüche im Tourismus aufgrund des dann massiv steigenden Lärms der Güterschwerverkehrszüge werden als fatal eingeschätzt. Diese Gefahr sieht auch Christoph Andreas Leicht. Zudem kritisierten beide die langjährige Bauzeit des Projekts, die wiederum Urlauber abschrecken wird. ■



REFORM DER PFLEGE

Generalisierte Ausbildung soll für bessere Bezahlung sorgen, die Ausbildung wird kostenlos

Nach mehr als zwölf Monaten Blockade der Union bin ich sehr erleichtert, dass der Bundestag am 22. Juni das neue Pflegeberufegesetz beschlossen hat. Nach jahrelanger Diskussion zwischen Bund und Ländern, mit den Berufsverbänden sowie mit den Trägern von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird die bisher getrennte Ausbildung der Berufe in der Alten-, Kinderkranken- und Krankenpflege ab 2019 zusammengeführt.

Ab dann werden die Auszubildenden zwei Jahre an (beitragsfreien!) Schulen gemeinsam einen generalisierten Pflege-Grundstock erhalten, der auch mit einer gemeinsamen Ausbildungsvergütung bedacht wird und auf den sie anschließend Ausbildungsmodule zur Spezialisierung aufbauen können. Jede weitere Qualifizierung ist künftig in diesem Baukastensystem möglich und sichert den Anspruch auf mehr Gehalt. Damit sollen die beruflichen Chancen der Beschäftigten verbessert, die Attraktivität des Berufsbildes gesteigert und die Altenpflegeausbildung bundesweit aufgewertet werden, um den Pflegeberuf für junge Menschen attraktiver zu machen.

Angesichts des großen Fachkräftemangels und der herausfordernden, ständig wachsenden Qualifizierung in allen Pflegeberufen war diese Reform längst überfällig und wurde lange durch massiven Lobby-Einfluss privater Pflegeheimbetreiber, die eine bessere Bezahlung in der Altenpflege verhindern wollten, über die CDU/CSU blockiert.

Über einen ungedeckelten Pflege-Fonds wird die schulische Ausbildung wie auch die gemeinsame Ausbildungsvergütung für alle finanziert, woran alle, die ein wirtschaftliches Interesse an Nachwuchs-Pflegekräften haben, sich finanziell beteiligen müssen. Garantiert, das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir Sozialdemokraten mussten leider Kompromisse eingehen, um diesen Systemwechsel überhaupt noch vor der Bundestagswahl ins Gesetzblatt zu bekommen, aber wir betrachten das Gesetz als ganz wichtigen ersten Schritt, auf den weitere Verbesserungen folgen müssen. Um den drohenden Pflegenotstand abwenden zu können, brauchen wir qualifizierte und motivierte Kräfte, die für ihre anspruchsvolle Arbeit deutlich besser bezahlt werden, was zusätzliche Steuerzuschüsse erforderlich macht – unsere Steuerüberschüsse sind dort besser angelegt als in Steuerenkungen für Reiche!

Am 30. August veranstalte ich meinen bereits 6. Runden Tisch Pflege – in diesem Jahr mit Petra Crone, die im Fachausschuss des Bundestags für die Altenpflegeausbildung, die Familienpflegezeit und die Entgeltgleichheit zuständig ist. Wir werden – genau wie 2015 und 2014 mit den SPD-Gesundheitsexpertinnen Hilde Mattheis und Carola Reimann – mit Betriebsräten, Experten aus der Praxis, vielen Nachwuchsfachkräften und hoffentlich mit Ihnen diskutieren! ■

Bettina Hagedorn, MdB

SINGEN MACHT FREUDE!

Seit im April die neueste Ausgabe von 5.000 Liederheften mit den 60 schönsten Kinderliedern frisch aus dem Druck bei mir angekommen ist, habe ich bis Ende Juli insgesamt 35 Kindergärten und Grundschulen von Reinfeld bis Fehmarn besucht. Dabei habe ich nicht nur viele spannende Gespräche mit den Erzieherinnen und Erziehern, Kindergartenleitungen und Elternvertretern über ihre täglichen Herausforderungen und Sorgen geführt, sondern auch stets mit den Kindern gesungen. Die Vogelhochzeit mit 15 Strophen, den Bi-Ba-Butzemann oder das eindeutig beliebteste Lied der fleißigen Handwerker. Mit der Verteilung von inzwischen fünf verschiedenen Liederheft-Ausgaben habe ich 2005 eine schon 12jährige Tradition begründet. Insgesamt 44.000 Volks- und Heimat-, Weihnachts- und Kinderliederhefte habe ich seitdem in Pflegeeinrichtungen, bei Seniorenbegegnungsstätten, den geselligen Nachmittagen der Wohlfahrtsverbände oder bei deren Busausflügen oder in Kitas und Grundschulen verteilt.

Ich bin davon überzeugt, dass gemeinsames Singen in der Gemeinschaft und Familie gefördert werden muss, weil es für die



Foto © Nail Yurtçu



Foto © Kita Martin Luther

Seelen aller Generationen gut ist. Meine Liederhefte-Tour im Juli mit insgesamt 3.200 verteilten Heften führte mich unter anderem von Lensahn über Neustadt, von Ahrensböök, Wesenberg und Reinfeld nach Bad Schwartau, von Göhl über Cismar nach Heiligenhafen, von Hansühn, Pansdorf nach Grube, Eutin, Bad Malente-Gremsmühlen und selbstverständlich nach Schönwalde und Kasseedorf am Bungsberg. Dort habe ich vor 30 Jahren den Kindergarten Flohkkiste, in den heute meine eigenen Enkelkinder gehen, als Elterninitiative gegründet. Als Familienmensch engagiere ich mich für die Förderung von Kindern und Jugendlichen, für bessere Bildung und Betreuung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, für eine menschenwürdige Pflege der Älteren und für Entlastung der Eltern und Angehörigen. ■

Bettina Hagedorn, MdB

RAPUNZELTURM AUF DEM BUNGSBERG MIT BUNTEN FENSTERN!



Seit Ende Juni erstrahlt der Elisabeth-Turm auf dem Bungsberg nach seiner denkmalrechtlich gerechten Sanierung in neuem Glanz. Insgesamt hat die Sanierung des 1863 errichteten Turms 330.000 Euro gekostet, von denen 160.000 Euro aus dem Bundes-Sonderprogramm für Denkmalschutz kamen, die der Haushaltsausschuss des Bundes auf meine Initiative hin 2016 beschlossen hat. Vor genau einem Jahr hatte die Schönwalder Friedrich-Hiller-Grundschule mit allen Klassen über 260 bunte Entwürfe in einem Malwettbewerb für die

sichtbar machen – welche Freude bei allen Beteiligten! Seit Generationen ist der Rapunzelturm auf dem Bungsberg, der seit über 50 Jahren nicht öffentlich zugänglich war, in der Phantasie aller Kinder verwunschen und voller Geheimnisse. Ab 2018 wird der Turm (nach Abbau der Antennenanlage) wieder für alle begehbar sein und seine magische Anziehungskraft ausstrahlen. Durch das Engagement der Sparkassenstiftung hat sich das Gelände *Erlebnis Bungsberg* mit attraktiven Spiellandschaften, naturnaher Gestaltung, moderner Restauration und einem Umwelt-Bildungszentrum zu einem erstklassigen Ziel für Touristen und Einheimische entwickelt, das besonders bei jungen Familien sehr beliebt ist. Diese Attraktionen werden jetzt mit dem sanierten Elisabeth-Turm um ein weiteres historisch und architektonisch attraktives Highlight ergänzt – aus 22 m Höhe können die Besucher den traumhaften Blick über Ostholstein genießen.



farbig zu gestaltenden Turmfenster erstellt, aus denen eine Jury über 30 Motive auswählte, die dem Turm ein einmalig kunterbuntes Aussehen verleihen. Bei Gegenlicht entsteht im Turminnen jetzt ein magisches Licht, das den märchenhaften Gesamteindruck noch verstärkt – in der dunklen Jahreszeit wird Licht im Turm dieses intensive Farbspiel auch von außen sichtbar machen.

Am 12. Juli lud die Sparkassenstiftung als Eigentümerin und Bauherrin alle 186 Kinder der Grundschule Schönwalde zur Dankeschönveranstaltung auf den Bungsberg ein. Der Turm wurde für diesen Tag nach Jahrzehnten erstmals wieder geöffnet. Die Kinder wurden vom Turmwächter Sebastian erwartet, der von der geheimnisvollen Prinzessin Elisabeth erzählte und die Phantasie der Kinder beflügelte. Die Kinder entdeckten sofort ihre selbst entworfenen Fenster und waren mächtig stolz. Wenn der Außenbereich des Turmes in den nächsten Monaten noch ansprechend umgestaltet wird, soll eine Infotafel auf die Kinderbeteiligung aufmerksam machen und alle Namen der kleinen Künstler an den Fenstern



Seit 2008 habe ich mich als langjähriges Mitglied im Haushaltsausschuss immer wieder erfolgreich im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogrammes für die Förderung wichtiger historischer Projekte in Ostholstein eingesetzt. Davon profitierten mit insgesamt ca. 1,8 Mio. Euro u.a. auch die KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, die Ratekauer Feldsteinkirche, das Eutiner Schloss, der Oldenburger Wall und die Kirchengemeinde Landkirchen. Die Sanierungsarbeiten an der 800 Jahre alten St.-Jürgen Kirche in Grube beginnen im September und werden mit 440.000 Euro Bundesförderung unterstützt. ■

Bettina Hagedorn, MdB

Impressum/Redaktion

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender. **Redaktion** Niclas Dürbrook, Susanne Bötticher-Meyners und Beate Müller-Behrens. **Korrektur** Susanne Bötticher-Meyners. **Layout und Schlussredaktion** Beate Müller-Behrens.

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Mails für die Redaktion bitte an Niclas Dürbrook niclasduerbrook@gmx.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden

ICH WÄHLE, ICH HABE GEWÄHLT, ICH WURDE GEWÄHLT, ICH WERDE WÄHLEN

Im Jahre 1947 wurde ich ein Sozi und bin es bis heute geblieben. Die Bevölkerung des jungen Schleswig-Holstein hatte sich durch die Flüchtlingsströme aus Ost- und Westpreußen sowie aus Pommern nahezu verdoppelt. Da hielt ich es für nötig, mit meinen Möglichkeiten zu helfen. Ich gründete einen Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt. Hier konnten wir dank Kleiderspenden große Hilfe, besonders für Familien mit Kindern, leisten. Zudem ging es auch ums Gemeinwesen. Die Gemeinde Wangels gab es ja erst seit April 1939. Sie war aus den Gutsbezirken Weißenhaus, Farve und Testorf gebildet worden. Es galt jetzt, daraus eine Gemeinschaft aus alten und neuen Einwohnern zu schmieden.

1949 wurde der Bundestag zum ersten Mal gewählt – das heutige Deutschland begann zu bestehen und wurde am 3. Oktober 1990 komplett. Es wurde und wird gewählt! Die Gemeinde-/Stadtvertretung, der Kreistag, der Landtag und am 24. Sep-

tember zum 19. Mal der Bundestag. Es fällt auf, dass es immer mehr Schlauberger und Besserwisser gibt, die den Mund sehr voll nehmen, alles anders machen würden, aber nicht zur Wahl gehen. Wir haben eine Demokratie und hier hat jeder das Recht, zu wählen und die Pflicht, dieses Recht auch wahrzunehmen. Besserwisser und Klugsch..... sollten am Wahltag nicht zu Hause bleiben, sondern wählen gehen. Geht zum Wahllokal und macht das Kreuz/die Kreuze an der richtigen Stelle! Nicht immer ist man mit dem Wahlergebnis zufrieden, aber wenigstens muss man sich nicht vorwerfen lassen, die eigene Stimme nicht genutzt zu haben. ■

Also wählen! Das sagt dir Fritz Graeber, ehemals Bürgervorsteher der Gemeinde Wangels, Kreistagsabgeordneter Oldenburg/Ostholstein u.v.a.m. Ich wähle und wurde gewählt!



Für die Region - einfach besser!
BETTINA HAGEDORN